

Schadenersatz für Verkauf von öffentlichen Grünflächen

Während Glöckner weiter schweigt, fordern CDU, BG und Grüne auf Grundlage der HSGB-Expertise, die damaligen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen

Von Matthias Bolz

Gelnhausen. Auch nachdem Bürgermeister Daniel Glöckner (FDP) die zweite Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes im Akteneinsichtsausschuss „Mittlauer Weg“ mündlich vorgelesen hat, lässt er die Öffentlichkeit über den Inhalt des Schreibens weiter im Unklaren. Damit bleibt auch offen, zu welchen zentralen Erkenntnissen der HSGB in seiner juristischen Expertise gelangt ist und welche möglichen Handlungsempfehlungen an die Stadt sich daraus ableiten lassen. Auf eine Anfrage mit acht Fragen zum Mittlauer Weg teilte Glöckner lediglich mit: „Aktuell wird keine Stellungnahme abgegeben. Der Sachverhalt wird hier weiter geprüft und juristisch bewertet. Der Magistrat wird dazu beraten. Eine Stellungnahme folgt zu gegebener Zeit.“ Das wiederum könnte womöglich schneller sein, als dem Bürgermeister lieb ist. BG, CDU und Grüne stellen für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung den gemeinsamen Antrag mögliche Schadenersatzansprüche wegen des Verkaufs von öffentlichen Grünflächen im Mittlauer Weg gerichtlich geltend zu machen. Das begründen die drei Fraktionen unter Bezugnahme auf die von Glöckner vorgelegte zweite Stellungnahme des HSGB.

„Der HSGB hat unsere Einschätzungen sehr weitgehend bestätigt“, stellen die Vertreter der drei Fraktionen im Akteneinsichtsausschuss in einer gemeinsamen Mitteilung fest. Die Frage, ob durch Fehlverhalten das Vermögen der Stadt im großen Umfang geschädigt worden sei, könne man nicht als „Krumel“ ansehen, wie es der Ausschussvorsitzende Kolja Saß (FDP) getan habe. Ein solches Verhalten ziehe sich wie ein roter Faden durch die Strategie des FDP/SPD-Bündnisses, das stets verhindern wolle, Verantwortliche in Form von Schadenersatzansprüchen für Fehlverhalten zur Rechenschaft zu ziehen. „Es ist die

Pflicht von allen Gemeindeorganen und auch des Bürgermeisters, solche Ansprüche zu prüfen und geltend zu machen“, betonen die drei Fraktionen. „Wir werden jedenfalls mit einem Antrag in der Stadtratsordnungsversammlung verlangen, dass Schadenersatzansprüche durchgesetzt werden.“

„Der HSGB hat unsere Einschätzungen sehr weitgehend bestätigt“

Vor dem Hintergrund ihrer Schweigepflicht wollten sich BG, CDU und Grüne auf Anfrage inhaltlich vorerst nicht weiter zu ihrem Antrag und zur Expertise des HSGB äußern. Gleichwohl nehmen sie an dieser Stelle Glöckner in die Pflicht: „Wir halten es für unerlässlich, dass der Bürgermeister die Öffentlichkeit über die Vorgänge umfassend informiert.“ Datenschutzrechtliche Gründe könnten ihn daran keinesfalls hindern. Auch in der AWO-Affäre von Frankfurts Oberbürgermeister Feldmann sei niemand auf die Idee gekommen, dass der Datenschutz einer öffentlichen Diskussion und Berichterstattung entgegenstehe. Wenn die Information – wie hier – einen Beitrag zu einer Debatte von öffentlichem Interesse leiste, habe der Datenschutz zurückzutreten.

Auch an anderer Stelle sehen BG, CDU und Grüne als Reaktion auf die Erkenntnisse der HSGB-Expertise dringenden Handlungsbedarf seitens des Bürgermeisters. Sie fordern, dass der „rechtswidrige Zustand im Mittlauer Weg wegen des im Raum stehenden Fehlverhaltens von Verantwortlichen unter dienstaufsichtlichen und strafrechtlichen Gesichtspunkten von der dafür zuständigen Instanz“ untersucht werden soll. „Wir erwarten, dass der Bürgermeister spätestens zum jetzigen Zeitpunkt genügend Anlass dafür sieht, diese Untersuchungen von Amts wegen in die Wege zu leiten.“

bringen, ob der Rathauschef bereits in diesem Sinne tätig geworden sei und die zuständigen Behörden unterrichtet habe.

Auch die GNZ hat einige Fragen an den Rathauschef: So hatte der Bürgermeister zuletzt erklärt, dass sich „aus der neuen Beurteilung des HSGB ergeben werde, welche zukünftigen Schritte eingeleitet werden müssen“. Welche Schritte das konkret sind und was der HSGB der Stadt Gelnhausen empfiehlt, das verrät der Bürgermeister aber auch nach der Präsentation der Expertise im Ausschuss nicht. Noch immer wartet die Öffentlichkeit auch auf eine Antwort bezüglich der Frage, ob der Magistrat dazu berechtigt war, die Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Verkauf von öffentlichen Grünflächen zu beauftragen. Zu welcher Einschätzung der HSGB in dieser Frage kommt, lässt sich derzeit nur anhand des gemeinsamen Antrags von BG, CDU und Grünen erahnen. Aber auch dazu wollte der Rathauschef aktuell keine Stellung beziehen.



„Wir erwarten, dass der Bürgermeister spätestens zum jetzigen Zeitpunkt genügend Anlass dafür sieht, diese Untersuchungen von Amts wegen in die Wege zu leiten.“

CDU, BG und Grüne

fordern dienstaufsichtliche und strafrechtliche Untersuchungen

Das sind aber bei Weitem nicht die einzigen Fragen, die sich derzeit um das Meerholzer Neubaugebiet ranken. Noch immer ist auch ungeklärt, warum Glöckner so ein Geheimnis um die erste Stellungnahme des HSGB macht: Trotz einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister, trotz eines ent-

sprechenden Beschlusses des Ausschusses und trotz der Androhung eines weiteren Akteneinsichtsausschusses verweigert Glöckner CDU, BG und Grünen hartnäckig die Einsichtnahme. Die drei Fraktionen halten das Dokument für relevant, weil sich daraus ergibt, welche Empfehlungen der HSGB den damaligen Verantwortlichen vor der Vergabe der öffentlichen Grünflächen gegeben hätte – also wenn sie denn gefragt hätten.

Widersprüchliche Aussage des Bürgermeisters

Am 1. September, einen Tag nach der Vorlage der ersten Stellungnahme, hatte der Bürgermeister auf Anfrage erklärt, sich zum Inhalt nicht äußern zu wollen. Das hatte er damit begründet, dass er „dem Akteneinsichtsausschuss nicht vorgreifen wolle“. Rückblickend betrachtet eine mehr als dreiste Aussage, da sie im krassen Widerspruch zur beständigen Weigerung des Rathauschefs steht, die erste Expertise des HSGB dem Ausschuss überhaupt zur Verfügung zu stellen. Auflösen konnte oder wollte Glöckner diesen offensichtlichen Widerspruch bislang nicht. Auch bleibt er der Öffentlichkeit nach wie vor eine Erklärung schuldig, warum er die Herausgabe der ersten Stellungnahme des HSGB so hartnäckig verweigert. Die naheliegende Vermutung, dass der Interessenverband der Städte und Gemeinden darin empfiehlt, die öffentlichen Grünflächen nicht zu verkaufen, wollte er bislang weder bestätigen noch dementieren.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass auch nach der Vorlage der lang erwarteten juristischen Expertise des HSGB mehr Fragen offen als beantwortet sind. Solange der Bürgermeister sich weiter ausweicht, wird sich daran vermutlich auch nichts ändern. So bleibt der Öffentlichkeit letztlich nur abzuwarten, wann Glöckner die Zeit für eine Stellungnahme „für gegeben“ hält.

„Saß missbraucht seinen Vorsitz im Ausschuss“

Gelnhausen (re). „Offenbar gilt die Verschwiegenheitsverpflichtung, auf die er seitens des Bürgermeisters eindringlich hingewiesen wurden, nicht für dessen FDP-Parteifreund Kolja Saß“, stellen Vertreter von BG, CDU und Grünen im Akteneinsichtsausschuss „Mittlauer Weg“ in einer Mitteilung fest. Damit reagieren sie auf Äußerungen ihres Vorsitzenden in der GNZ am Donnerstag.

„Obwohl wir den Ausschussvorsitzenden mehrfach aufgefordert haben, öffentliche Äußerungen und Bewertungen, die nicht mit dem Ausschuss abgestimmt sind, zu unterlassen, hat er sich nunmehr erneut zur letzten Sitzung und der Arbeit des Akteneinsichtsausschusses geäußert.“ Die von ihm vorgebrachte polemische Kritik sei parteipolitisch motiviert und stelle einen eindeutigen Missbrauch der Position des Vorsitzenden dar. Er habe die Erkenntnisse des Ausschusses einseitig durch seine Parteiliebe bewertet und die Vertreter von BG, CDU und Grünen mit haltlosen Vorwürfen überzogen. „Es ist einfach dreist, unser berechtigtes Aufklärungsverlangen als parteipolitischen Profit zu diffamieren. Er hat mit unsachlichen Äußerungen seine Verpflichtung als Ausschussvorsitzender zur Neutralität gröblich verletzt“, heißt es in der Stellungnahme von Frank Bayer, Bodo Delhey, Uwe Leinhardt, Petra Schott-Pfeifer und Jochen Zahn. Offenbar gehe es Saß alleine darum, bereits jetzt Fehlverhalten von Verantwortlichen kleinzureden. Böswillig sei auch die Unterstellung der Hoffnung, dass der Landrat drei Tage vor der Kommunalwahl in Untersuchungshaft genommen werde.

Was eine zukunftsorientierte Lösung für die Anwohner angehe, seien BG, CDU und Grüne die Ersten gewesen, die mit der Einleitung eines Mediationsverfahrens einen konstruktiven Vorschlag gemacht hätten. Leider sei die Abstimmung über diesen Antrag durch die SPD/FDP-Koalition mit einem parteipolitisch motivierten taktischen Manöver verhindert worden. „Es ist also im Höchstmaß beachtlich, wenn vom FDP-Mann Saß jetzt verlangt wird, man solle nach Lösungen für die Anwohner suchen und gleichzeitig Blockadepolitik gegen die Abstimmung über das Mediationsverfahren betreiben wird.“

Es trifft immer die Ärmsten

Corona in Kenia: In den Städten leiden die Tagelöhner, auf dem Land die Kleinbauern

Gelnhausen (re). Peter Musomba und seine Frau Stephanie vom Gelnhäuser Verein „Wir helfen in Afrika“ haben während der Corona-Pandemie alle Hände voll zu tun. Die beiden Mitglieder und Kontaktpersonen in Ukunda, Kenia, haben in den vergangenen Monaten im gesamten Kwale Distrikt insgesamt mehr als 112 Tonnen Lebensmittel verteilen lassen. Dabei stößt das Ehepaar immer wieder auf bedrückende Einzelschicksale. In einem Slum ganz in der Nähe zum Flugplatz von Ukunda etwa besuchten die beiden die Familie von Margaret Mutio und Josphat Musau. Sie sind Tagelöhner. Doch seit Beginn der strikten Kontaktsperrungen in Kenia finden sie kaum noch Arbeit. Die Familien hungert. Tragisch: Margaret Mutio ist so entkräftet, dass sie kaum noch Milch für ihre 15 Monate alten Zwillinge hat.

„Im Maweni-Slum leben etwa 200 Familien. Die meisten arbeiten als Tagelöhner auf den vielen Baustellen der großen Hotels“, berichtet Peter Musomba. Doch da kaum Touristen im Land sind, liegen alle Investitionen auf Eis. „Das bedeutet: Keine Arbeit, kaum Einkommen, kein Essen, großer Not.“ Als er Margaret Mutio besucht, sitzt sie vor ihrer Hütte und klopft für die

Bauwirtschaft Korallensteine klein. Ihr Mann Josphat Musau ist unterwegs und versucht verzweifelt, zumindest einen kleinen Helferjob zu ergattern. Doch es wird sein wie fast immer in den vergangenen Wochen: kein Bedarf.

Inzwischen sind kaum Lebensmittel für den achtjährigen Erstgeborenen übrig. Das macht Margaret Mutio traurig. Richtig schlimm aber wird es, wenn sie ihren beiden 15 Monate alten Zwillingen in die Augen blickt. „Weil auch ich so gut wie nichts zu essen habe, gebe ich kaum noch Milch. Ich kann die beiden nicht stillen“, sagt sie verzweifelt. Auch Peter und Stephanie Musomba bricht der Anblick fast das Herz. „Wir drückten der Familie als erste Soforthilfe einige Shilling in die Hand. Damit konnte Margaret Mutio zumindest etwas Milch für ihre Kleinen kaufen“, berichtet Peter Musomba vom ersten Besuch im Maweni-Slum. Beim Besuch wenige Tage später dann hat er ein großes Lebensmittelpaket dabei. Es wiegt mehr als 20 Kilogramm und ist in ähnlicher Form in den vergangenen Monaten schon an Tausende Familien verteilt worden. „Insgesamt sind es mehr als 112 Tonnen Lebensmittel, die wir haben verteilen lassen“, rechnet Peter Musom-



Margaret Mutio mit ihren 15 Monate alten Zwillingen.

FOTO: RE

ba vor. Die Reaktion der Empfänger ist immer ähnlich, so auch bei Margaret Mutio und ihrer Familie. „Sie hat sich sogleich voller Freude ans Zubereiten des Frühstücks für die Kinder gemacht“, erzählt Stephanie Musomba vom frühmorgendlichen Besuch im Slum. „Das ist etwas Neues für die Kleinen. Denn auch außerhalb der Corona-Zeiten reicht das Einkommen der Familie eigentlich nie, um drei ganze Mahlzeiten zubereiten zu können. Die

strahlenden Augen der Familie zu sehen, war für uns einmal mehr sehr rührend.“

Doch schon wenig später überwiegen bei den Vereinsmitgliedern in Kenia wieder die Sorgen. Denn einige Kilometer weiter, im so genannten White-House-Slum, benannt nach dem White-House-Markt, ist die Situation noch dramatischer als bei den arbeitslosen Tagelöhnern in Maweni. Dort haben die Menschen nicht nur keine Ar-

beit. Erst kürzlich vertrieb der Landbesitzer dutzende Familien. Er ließ die Hüften niederreißen. Wer nicht freiwillig ging, den misshandelten die Sicherheitskräfte. Auch diesen Familien hilft der Gelnhäuser Verein mit Lebensmittelpaketen. „Die Situation ist weiterhin sehr angespannt und lässt uns elementar verzweifeln, andererseits mit noch mehr Entschlossenheit handeln“, so Peter Musomba. Gemeinsam mit den Freunden im Main-Kinziy-Kreis gelte es, die Situation für möglichst viele Menschen erträglich zu gestalten. Noch ist nicht absehbar, wann auch in Kenia erste Lockerungen greifen und sich die Lage vor allem für die Ärmsten wieder etwas entspannt. „Bis es soweit ist, werden wir nicht nachlassen. Solange wir Hilfe aus Deutschland bekommen, werden wir diese hier vor Ort auch leisten“, so Peter Musomba.

Wer ihm zur Hand gehen und dazu beitragen will, ihm in seinem Ansinnen zu unterstützen, kann dies mit einer Spende an den Verein „Wir helfen in Afrika“, IBAN DE59506616390007330073. Erstspender werden gebeten, ihre Post- oder E-Mail-Adresse mit anzugeben. Mehr im Internet: www.wirhelfeninafrika.de.